



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

An alle Stromnetzbetreiber in der
Zuständigkeit der LRegB Baden-Württemberg
sowie die Bundesnetzagentur

Nachrichtlich:
VfEW Baden-Württemberg e.V.
VkU Landesgruppe Baden-Württemberg

Stuttgart 24.05.2011

Name Herr Steinbach

Durchwahl 0711 123-2216

E-Mail Manuel.Steinbach@wm.bwl.de

Aktenzeichen 6-4455.7/31

(Bitte bei Antwort angeben!)



Rundschreiben 10/2011

Anhörung zur beabsichtigte Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 3 ARegV

Hier:

**Festlegung eines zusätzlichen Parameters „EEG-Anlagen nach § 3 Ziffer 1 EEG
mit einer Anschlussleistung > 2 kWp“ (Festlegung EEG-Parameter 2011)**

Anlagen

Entwurf Erhebungsbogen EEG-Erweiterungsfaktor (blanko)

Entwurf Erhebungsbogen EEG-Erweiterungsfaktor (Beispiel)

Sehr geehrte Damen und Herren,

I.

zunächst möchten wir Ihnen informatorisch mitteilen, dass die Aufgaben des bisherigen Referats „Landesregulierungsbehörde, Energiekartellbehörde“ des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg mit Beschluss des Ministerrates vom 12.05.2011 zur Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien auf das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg übergegangen sind. Wir bitten Sie daher, zukünftig Ihre Schreiben an die folgende Adresse zu richten:

Kernerplatz 9 · 70182 Stuttgart (VVS: Staatsgalerie) · Hauptstätter Str. 67 · 70178 Stuttgart (VVS: Österreichischer Platz)

Theodor-Heuss-Str. 4 · 70174 Stuttgart

Telefon 0711 126-0 · Telefax 0711 126-2881 · poststelle@um.bwl.de

www.um.baden-wuerttemberg.de · www.service-bw.de



Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Referat „Landesregulierungsbehörde, Energiekartellbehörde“
Postfach 103439
70029 Stuttgart

Die Telefonnummern und E-Mailadressen bleiben zunächst unverändert.

II.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft als Landesregulierungsbehörde (LRegB) beabsichtigt, wie bereits schon angekündigt, eine Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 3 ARegV zu erlassen, nach der für ab dem 01.01.2009 erstmalig betriebsbereite und in das Stromverteilernetz einspeisende EEG-Anlagen mit einer Anschlussleistung > 2 kWp zusätzlich zu einem ggf. zu gewährenden Erweiterungsfaktor für die Parameter „Fläche des versorgten Gebietes“, „Ausspeisepunkte“ und „Jahreshöchstlast“ (nachfolgend: allgemeiner Erweiterungsfaktor) im Rahmen der Anreizregulierung ein EEG-Erweiterungsfaktor genehmigt werden kann, wenn ein dahingehender Antrag bis 30.06.2011 (erstmaliger Antrag) bzw. 30.06.2012 gestellt wird und bis zum 01.09.2011 (erstmaliger Antrag) bzw. 30.06.2012 die Antragsunterlagen vollständig bei der LRegB eingegangen sind.

Vor dieser Festlegung sollen die Stromnetzbetreiber in der Zuständigkeit der LRegB angehört werden und Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

1. Geltungsbereich/Zeitraum

Die beabsichtigte Festlegung soll zunächst für den Zeitraum bis 31.12.2013 Geltung erlangen.

Einen EEG-Erweiterungsfaktor (EEG-EF) können Stromnetzbetreiber in der Zuständigkeit der LRegB für ab dem 01.01.2009 erstmalig an das Stromverteilernetz des Antragstellers betriebsbereit angeschlossene und in das Stromverteilernetz einspeisende EEG-Anlagen nach § 3 Ziffer 1 EEG mit einer Anschlussleistung > 2 kWp beantragen.

Erweiterungen vorhandener Anlagen gelten als Anlagen in diesem Sinne, wenn sie mindestens 2 kWp leisten können und 80% der Anschlussleistung der bereits vorhandenen Anlage, mit der sie verbunden sind, erreichen.

Hinsichtlich dieses Parameters „EEG-Anlagen nach § 3 Ziffer 1 EEG mit einer Anschlussleistung > 2 kWp“ wird jeweils auf den Stand zum 31.12. des letzten Kalenderjahres abgestellt; dabei sind im Rahmen des erstmaligen Antrags oder späterer Anträge Parameteränderungen ab dem Beginn der Regulierungsperiode, d.h. dem 01.01.2009, berücksichtigungsfähig.

2. Höhe des Erweiterungsfaktors sowie Parameteränderung

Der Erweiterungsfaktor EEG-EF berechnet sich dabei anhand der Formel:

$$\text{EEG-EF} = \frac{AP_{0,\text{Netz}} + \text{EEG}_{t,\text{Netz}}}{AP_{0,\text{Netz}}} - 1$$

dabei ist:

$AP_{0,\text{Netz}}$ Anzahl der Anschlusspunkte über alle Ebenen im Basisjahr

$\text{EEG}_{t,\text{Netz}}$ 0,25 je seit dem 01.01.2009 hinzugekommene EEG-Anlage, mit einer Anschlussleistung > 2 kWp, deren Einspeisepunkte auch Anschlusspunkte in der Niederspannungsebene sind

1,00 je seit dem 01.01.2009 hinzugekommene EEG-Anlage mit einer Anschlussleistung > 2 kWp, deren Einspeisepunkte nicht Anschlusspunkte in der Niederspannungsebene sind, soweit diese nicht bereits als zusätzliche Anschlusspunkte im Rahmen des allgemeinen Erweiterungsfaktors berücksichtigt worden sind

3,00 je seit dem 01.01.2009 hinzugekommene EEG-Anlage mit einer Anschlussleistung > 2 kWp in der Mittelspannungsebene

10,00 je seit dem 01.01.2009 hinzugekommene EEG-Anlage mit einer Anschlussleistung > 2 kWp in der Hochspannungsebene

Dabei wird jeweils auf die Veränderung der Anzahl der EEG-Anlagen gegenüber dem 31.12.2008 abgestellt.

In Sonderfällen kann die LRegB einen höheren Ansatzwert je EEG-Anlage gewähren; hinsichtlich der Entscheidungsmaßstäbe hierzu gilt § 23 Abs. 6 ARegV entsprechend.

Ausgeschlossen sind Probeanlagen und solche, die für den Netzbetreiber in den nächsten 5 Jahren erkennbar zurückgebaut werden sollen.

Der Gesamterweiterungsfaktor ergibt sich aus der Addition des allgemeinen Faktors mit dem EEG-EF, wobei der allgemeine Faktor mindestens 1 beträgt.

3. Erheblichkeitsschwelle

Beträgt der EEG-EF $\geq 0,005$, bedarf es keiner Nachweise zur Erheblichkeitsschwelle i.S. des § 10 Abs. 2 Satz 3 ARegV; anderenfalls gelten die Anforderungen an die Kostennachweise zu den Parametern „Fläche des versorgten Gebietes“, „Ausspeisepunkte“ und „Jahreshöchstlast“ analog.

Allerdings haben die Antragssteller schriftlich zu bestätigen, dass Kosten des EEG bedingten Netzausbaus in den relevanten Antragszeiträumen nicht in den Anträgen bzw. in den Kostennachweisen zur Berechnung der Erheblichkeitsschwelle bei zugleich gestellten allgemeinen Erweiterungsfaktoransträgen enthalten sind oder zukünftig geltend gemacht werden.

4. Verhältnis zum allgemeinen Erweiterungsfaktor und zum Investitionsbudget

Der EEG-EF wird zusätzlich zum allgemeinen Erweiterungsfaktor gewährt, unbeschadet des Erreichens oder Nichterreichens der Erheblichkeitsschwelle im allgemeinen Erweiterungsfaktoranspruchsverfahren.

Den Netzbetreibern bleibt es unbenommen, für EEG bedingte Netzinvestitionen einen Antrag nach § 23 Abs. 6 ARegV zu stellen. Soweit der Netzbetreiber einen Investitionsbudgetantrag stellt, ist der Parameter „EEG-Anlagen nach § 3 Ziffer 1 EEG mit einer Anschlussleistung > 2 kWp“ dieser Festlegung ausgeschlossen, um eine Mehrfachanrechnung auszuschließen; d.h. ein Investitionsbudget für EEG bedingte Netzinvestitionen schließt die Anerkennung eines EEG-EF aus. Es bleibt dabei aber dem Netzbetreiber überlassen abzuwägen, welche Variante der Kostenberücksichtigung für ihn die bessere Variante darstellt.

5. Verfahren

Soweit die beabsichtigte Festlegung getroffen wird, sind Anträge i.S. dieser Festlegung bis zum 30.06. eines Kalenderjahres schriftlich und per E-Mail bei der LRegB zu stellen. Dem Antrag ist der beigefügte Erhebungsbogen (hier: noch in der Entwurfsfassung) in schriftlicher und elektronischer Form beizulegen; er kann bis spätestens 01.08.2011 nachgereicht werden.

Im Einzelfall behält sich die LRegB vor, nähere Angaben, insbesondere zu Ort, Eigentümer, Betreiber, technischen Daten sowie Beginn des Betriebs der EEG-Anlagen anzufordern.

6. Berechnungsbeispiel

Bezüglich eines konkreten Berechnungsbeispiels wird auf den beispielhaft ausgefüllten Erhebungsbogen verwiesen.

Der Netzbetreiber erhält in diesem Beispiel ab dem Kalenderjahr 2012 einen zusätzlichen EEG-EF von 0,0331 bzw. 1,0331, auch wenn er keinen allgemeinen Erweiterungsfaktor für den relevanten Zeitraum begehrt hat oder für den allgemeinen Erweiterungsfaktor die Erheblichkeitsschwelle nicht überschritten hat.

7. Gelegenheit zu Stellungnahme sowie Sonstiges

Die Netzbetreiber und die Bundesnetzagentur erhalten hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum **15.06.2011**. Die kurze Stellungnahmefrist ist dem Umstand geschuldet, dass die Festlegung bis zum nächsten Antragszeitpunkt für einen Erweiterungsfaktorantrag, also dem 30.06.2011, abgeschlossen sein soll.

Anstelle des vorgestellten Modells mit Erleichterungen bei den Kostennachweisen erwägt die LRegB ggf. die Festlegung der Bundesnetzagentur vom 08.09.2010 (Az. BK8-10/004) inhaltlich in eine eigene Festlegung zu übernehmen,

- a) allerdings mit der Maßgabe, dass die bisherigen Prüfungsansätze, insbesondere hinsichtlich des kausalen Zusammenhangs zwischen einer Erweiterungsinvestition und der Parameteränderung sowie Nichtberücksichtigung der Parameteränderungen der Jahre 2007 und 2008, unverändert bleiben; dabei müsste hinsichtlich der Parameter $EP_{t,i}$ und $L_i^{\text{Entnahme / Einspeisungen}}$ kein kausaler Zusammenhang mit einer Erweiterungsinvestition dargestellt werden und

- b) bei erneuter Antragstellung nach Genehmigung eines Erweiterungsfaktors, die Erheblichkeitsschwelle erneut überschritten werden muss.

Auch hierzu erhalten die Netzbetreiber und die Bundesnetzagentur Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum **15.06.2011**

Bezüglich des allgemeinen Erweiterungsfaktors beabsichtigt die LRegB in den nächsten Tagen einen überarbeiteten Leitfaden sowie Erhebungsbögen zur Verfügung zu stellen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen (Frau Pross -2354, Herr Steinbach -2216 oder Herr v. Fritsch -2059) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

v. Fritsch